



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

## Jahresbericht Israel und besetzte Gebiete 2017

Die israelischen Behörden haben auch 2017 wieder massiv Gebrauch von der menschenrechtswidrigen Administrativhaft gemacht. Dabei können Menschen ohne Anklage bis zu 6 Monate in Haft gehalten werden. Diese Maßnahme kann beliebig verlängert werden, sodass der Gefangene effektiv keine Möglichkeit hat, die Dauer seiner Haft abzuschätzen. Damit versuchen die israelischen Behörden immer wieder, kritische Stimmen mundtot zu machen. So bestätigte ein Gericht im Februar die Administrativhaft des Journalisten Muhammed al-Qiq. Er hat dagegen mit einem Hungerstreik protestiert. Nach anfänglichem Zögern gaben die Behörden dem Antrag seines Anwalts statt, ihn in ein Militärkrankenhaus zu verlegen. Im Mai wurde Ahmed Qatamesh, ein 67jähriger palästinensischer Schriftsteller und Professor, erneut festgenommen und für 3 Monate in Administrativhaft genommen. Er hat insgesamt schon 8 Jahre seines Lebens in Administrativhaft verbracht. Er drohte nun, aus Protest seine Medikamente nicht zu nehmen. Im September wurde schließlich ein Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Addameer, Salah Hammouri, in Administrativhaft genommen.

Zudem inhaftiert die israelische Regierung viele Palästinenser in Israel und verweigert ihnen Familienbesuche. Dies betraf Anfang des Jahres etwa 6500 Personen in 17 verschiedenen Haftanstalten, von denen sich 16 auf israelischem Boden befinden.

Verschiedene politische Konflikte haben zu massenhaften Protesten von palästinensischer Seite geführt. Diese wurden von den israelischen Sicherheitsbehörden immer wieder gewaltsam niedergeschlagen. So kamen bei den Protesten um die Al-Aksa-Moschee 4 Menschen ums Leben, über 1000 wurden verletzt. Zudem drangen israelische Soldaten und Polizisten in ein palästinensisches Krankenhaus ein und bedrohten Patienten und Personal. Dabei haben sie auch die Behandlung Schwerverletzter behindert, zwei Patienten starben, weil der Arzt daran gehindert wurde, die Blutung zu stillen. Die Leiter des Krankenhauses sprachen vom einem ungekannten Ausmaß an Gewalt. Nach den Protesten strömten verletzte Demonstranten zu ihnen, die unter Tränengas, Schlägen und Gummigeschossen gelitten hatten.

Nachdem US-Präsident Trump Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt hatte und angekündigt hatte, die US-Botschaft aus Tel Aviv dorthin zu verlegen, kam es zu massenhaften Protesten der Palästinenser. Teilweise wurden diese Proteste gewalttätig, es wurden Steine und Molotowcocktails geworfen. Diese Ausschreitungen wurden von den israelischen Sicherheitskräften mit unverhältnismäßiger Gewalt niedergeschlagen. Vier Menschen starben, alles junge palästinensische Männer. Einer von ihnen saß seit einem israelischen Luftschlag im Rollstuhl. Mehr als 3000 Protestierende waren verletzt worden,

etwa 400 sollen verhaftet worden sein.

Aber auch die palästinensischen Sicherheitsbehörden gingen gegen friedliche Proteste vor. So wurde im März ein friedlicher Protest mit Holzknüppeln und Tränengas aufgelöst. Dabei wurden auch vier Journalisten verletzt. Siebzehn Personen mussten ins Krankenhaus.

Untersuchungen oder Gerichtsurteile gegen Sicherheitskräfte, die exzessive Gewalt eingesetzt haben, sind extrem selten. Lediglich im Januar dieses Jahres wurde der israelische Soldat Elor Azaria wegen der extralegalen Hinrichtung an einem Palästinenser verurteilt. Das Opfer hatte sich mutmaßlich an einer tödlichen Messerattacke auf einen israelischen Soldaten beteiligt.